

Sehr geehrter Herr Möslang,

liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,

liebe Einwohnerinnen und Einwohner,

viele Zahlen und Probleme wurden in den bereits gehaltenen Haushaltsreden vor mir, beleuchtet. Als letzter Redner am heutigen Tage übe ich mich deshalb weniger in der Wiederholung der Haushaltszahlen, sondern vielmehr in der Zusammenfassung unseres Status quo.

Wenn man den Haushalt 2024 betrachtet, so kann man behaupten, der Gemeinderat macht weiter wie bisher. Wir investieren Geld in Schulen und Kinderbetreuung, in unsere, in die Jahre gekommene, Infrastruktur, machen keine Schulden, sind stolz darauf weiter einen zweistelligen Millionenbetrag auf unserem Sparbuch unser Eigen nennen zu dürfen und üben uns brav darin, die vom Gesetzgeber hinunter delegierten Aufgaben mit Sorgfalt umzusetzen.

Wir üben uns also in dem, was wir z. B. von unserer aktuellen Regierung in Berlin nicht bekommen, nämlich Konstanz oder Verlässlichkeit. Das schafft Vertrauen und Sicherheit bei den Einwohnerinnen und Einwohner in unserem Ort. Meine persönliche Enttäuschung über die aktuelle Regierung könnte man, leicht überspitzt, auch mit einer Diskussion des Technischen Ausschusses in den letzten Wochen über Signalanlagen an Zebrastreifen im Ort in Verbindung bringen... "Brauchen wir die 'Ampel' da wirklich?" Ich musste schmunzeln...

Anstatt die Schuldenbremse auszusetzen und den Landwirten ihre Agrar-Subventionen zu lassen, wird weiter am Bürokratie-Wahnsinn gearbeitet, anstatt ihn abzubauen. Wo sind die dringend benötigten Gelder für die Unterbringung von geflüchteten Menschen in den Kommunen? Wo sind die Förderungen zur Umsetzung der Digitalisierung (wo ist überhaupt die Digitalisierung)? Wo sind die Förderungen für die Erneuerungen von Gebäuden und der Umsetzung und Bau von erneuerbaren Energien?

Stattdessen wird uns mitgeteilt, dass wir nun endlich an die Umsetzung des neuen Personenbeförderungsgesetz (PBefG § 8 Abs. 3), der Ausbau der barrierefreien Bushaltestellen im Ort gehen sollen. Der Landrat hätte schon zweimal die gelbe Karte gezeigt... Nach langem Hin und Her wird nun alles regelkonform umgebaut. Dort wo ein Haltepunkt mit 6 % aufgrund des Straßenraums und der Hofeinfahrten nicht umgebaut werden kann, wird kurzerhand die Haltestelle eingestampft und weiter unten am TVH wieder neu gebaut. Dass der Weg zur neuen Haltestelle, den Hügel hinunter vom Kreisverkehr nicht barrierefrei ist, interessiert den Gesetzgeber nicht. Wichtig sind ihm

die 18 cm Bordsteinhöhe für die anfahrenden Busse, die uns am Ende dieses mehrjährigen Prozesses eine halbe Million Euro kosten.

Sture, absurde Bürokratie! Mehr fällt mir wirklich nicht dazu ein...

Warum bauen wir dann an dieser Stelle überhaupt eine neue Haltestelle?

Weil wir der Meinung sind, den Bedarf im Umkreis der alten Haltestelle "Zum Beyn" weiter bedienen zu müssen, aber mit dem ursprünglichen Ziel dieses Gesetzes, "Gleichberechtigung gegenüber Personen mit Handicap" herzustellen, hat dies nichts mehr zu tun.

Weiter wie bisher - heißt aber auch, dem wirklichen "Problem" (wenn wir es denn als Problem ansehen), mehr oder weniger kaum Aufmerksamkeit zu schenken.

Ob jetzt zurückblickend, oder 3 Jahre vorausschauend, stellen wir immer wieder fest, dass wir kein positives Ergebnis in unserem Haushalt erzielen können. Warum wir deshalb nicht in Panik verfallen? - Unser Sparbuch ist gefüllt!! Wir leben gut mit den Rücklagen und können im Vergleich zu anderen Gemeinden gewisse Entscheidungen leichter befürworten, weil wir Geldbestände haben. Noch können wir gestalten!

Gut 75 % der Einnahmen unserer Gemeinde haben wir nicht direkt in der Hand. Diese Mittel von Bund und Land stehen uns Jahr für Jahr in mal höherer, mal in niedriger Menge zur Verfügung. Der Bewegungsspielraum ist somit sehr begrenzt. Die Steuern zu erhöhen, Hebesätze anzupassen lehnen wir ab. Gerade auch mit Blick auf die Grundsteuerreform, welche eigentlich keine Reform ist, sondern der Versuch, Vorgänge nochmals zu verkomplizieren, wäre es deshalb ein absolut falsches Signal, an diesen Instrumenten der Einnahmenseite zu drehen.

Wir können nur alle Betroffenen auffordern, Einspruch gegen diese Reform einzulegen. Im Gegenzug die Steuern unserer Gemeinde zu senken, kommt für uns jedoch ebenfalls nicht in Betracht. Schließlich betreiben wir bereits jetzt "Misswirtschaft" und müssen unsere Pflicht als Gemeinderat gewissenhaft erfüllen und Schaden von unserer Gemeinde abwenden.

Die Kinderbetreuung, eine Pflichtaufgabe der Gemeinde, sorgt mit ihrem stets wachsenden, finanziellen Gewicht in unserem Haushalt dafür, dass wir immer weiter Abstand von grünen Zahlen

kommen. Apropos die "Grünen" .... die Landesregierung und Kinderbetreuung - ebenfalls keine wirkliche Reform!

Die Landesregierung darf nicht länger versäumen, die Einstellung von Verwaltungs- und Hauswirtschaftskräften finanziell zu unterstützen, für eine angemessene Ausbildungsvergütung zu sorgen und die Kommunen beim Thema "Kindertagesstätten" finanziell zu entlasten!! Das wären echte Fortschritte. Mit Gesetzesanpassung, die erlauben vom aktuellen Betreuungsschlüssel abzuweichen, sehen wir aber eine Politik im Rückwärtsgang. Nicht nur der Frust bei vielen jungen Familien im Ort wächst, sondern auch unser eigener, gegenüber dieser Regierung!

Kommen wir von den Pflichtaufgaben in den Bereich der freiwilligen Leistungen. Hier war unsere Gemeinde schon immer großzügig! Unsere freiwilligen Leistungen betreffen hauptsächlich den Bereich Kultur, das Bürgerhaus, die Baggerseen, die Bücherei, das Jugendzentrum und die Schülerhorte. In allen Bereichen steht die FDP auch weiterhin für die finanzielle Unterstützung im Gemeinderat!

Gerade die "Schülerhorte" nehmen bald einen 7-stelligen Betrag jährlich in Anspruch und sorgen im Rat für Kontroversen. Man erkannte schon früh den Bedarf dieser Art von Betreuung und wollte sie kostendeckend bei den Familien anbieten und abrechnen. Aus "kostendeckend" wurden mit den Jahren ein nicht kleiner werdender Betrag im laufenden Haushalt. Ein möglicher Neubau für Linkenheim steht auf dem Prüfstand und die Verwaltung wird gebeten, kostengünstigere Lösungen anstatt des Neubaus zu finden. Wir müssen sparen! Wir machen das nicht, weil wir nicht auch für das Wohl der Kinder stehen, sondern weil uns das Wohl dieser und der folgenden Generationen am Herzen liegt. Also aller Bürgerinnen und Bürger! Ressourcen exakt darzustellen und für auch kommende Generationen Mittel zurückzuhalten, das war eines der Hauptziele des neuen, kommunalen Haushaltsrechts. 2019 war unsere Rücklage bei knapp 20 Mio. Euro. Fünf Jahre später schmolz sie auf knapp die Hälfte. - zielführend ist das nicht! Auch muss man wissen, dass unsere Rücklagen zum Großteil immer nur durch Grundstückserlöse gefüllt wurden. Mit der Neuausweisung von Baugebieten sieht es jedoch in den kommenden Jahren mau aus. Wir bräuchten dringend mehr Neubaugebiete, mehr Möglichkeiten junge Familien an unseren Ort zu binden. Der Wohnungsbedarf ist hoch! Die innerörtliche Nachverdichtung ist ebenfalls begrenzt, bzw. eine noch stärkere Nachverdichtung sorgt für noch mehr Unmut in der Nachbarschaft. Eine Zwickmühle! Wir stellen also fest - mehr Einnahmen durch eine wachsende Gemeinde generieren - dies ist kaum möglich.

Einmal mehr fordert deshalb meine Fraktion die Fokussierung auf das Gewerbe im Ort zu legen. Wir sind als "Schlaf und Wohngemeinde" (wie wir uns selbst bezeichnen) auf Dauer nicht wirtschaftlich. Wir müssen an der Stärkung unserer Gewerbesteuer arbeiten. Der Beitritt bei der Wirtschaftsförderung Bruchsal ist dabei leider keine Garantie für die Verbesserung unserer Gewerbesteuer. Wirtschaftsförderung haben wir in gewisser Weise selbst in der Hand. Vor der eigenen Haustür. Wir müssen unsere ortsansässigen Firmen stärker bei Bauvorhaben einbinden! Es hat überhaupt nichts mit "Mafiösen - Zügen" zu tun, wenn einheimische Firmen bei Ausschreibungen

mitberücksichtigt werden. Ich sehe es vielmehr als Zeichen des Vertrauens in die heimische Wirtschaft. Hier kann die Bevölkerung ein Teil dazu beitragen! Weg von Online-Handel - sondern mal geschaut, ob es das Produkt nicht auch im Ort gibt!!

Zum ersten Mal gibt es Leerstände im Gewerbering in Hochstetten. Firmengebäude stehen leer und dies darf einfach nicht sein! Hier wünschen wir uns auch mehr Austausch zwischen der Kommune, dem Gewerbeverein und den Betroffenen. Wir müssen unsere Gemeinde ein Stück weit mehr zu einem Industriestandort hinführen! Ein Stück, nicht gleich im Ganzen!

Umso wichtiger ist es, bei zunächst letzten Mischgebiet "Nussbaumhecken", welches wir in den kommenden 3 Jahren realisieren möchten, die Ansiedlung von profitablen Gewerbe zu begleiten! Der Fokus muss sich auf die Stärkung der laufenden Einnahmen beziehen und damit genug der Debatte!

2024 ist für den Gemeinderat so ein Jahr, wie es für Herrn Möslang das Jahr 2023 war.

Ein Wahljahr! Die Gelegenheit gegenüber den zu Wählenden Vertrauen auszusprechen!

Die Bevölkerung ist aufgerufen, unter anderem auch einen neuen Gemeinderat zu wählen.

Hierbei habe ich zwei Bitten an Sie:

1. Gehen Sie wählen, machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch! Die Demokratie war und ist kein Selbstläufer! und

2. wählen Sie junge Menschen! Der Gemeinderat soll immer auch ein Querschnitt der Bevölkerung darstellen. Tut unserer dies noch? Mit Blick auf den demographischen Wandel, ist ein immer älter werdender Gemeinderat, per se nichts Schlechtes, doch wünschenswert wären auch mehr junge Menschen mit neuen Gedanken und Ansätzen. Denn nur so halten wir unsere Gemeinde auf Kurs. Ich bin gespannt, ob Sie liebe Einwohnerinnen und Einwohner dies ähnlich sehen und freue mich auf den Juni 2024.

Zum Ende meiner Rede möchte ich noch im Namen meiner Fraktion Dankesgrüße aussprechen.

Die Fraktion FDP möchte sich bei Bürgermeister Möslang und den Damen und Herren des Gemeinderats für die überaus sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Gerade mit Blick auf diejenigen Rätinnen und Räte, die bereits ihren Abschied aus dem Gemeinderat angekündigt haben, wünschen wir einen schönen und mit mehr Freizeit gesegneten, politischen Ruhestand.

Den drei Amtsleitern Herrn Thate, Herrn Schlenker und Herrn Schröder gilt zusammen mit ihren jeweiligen Teams, ebenfalls ein großes Dankeschön. Die Unkomplizierte und stets sehr menschliche

Zusammenarbeit mit dem Rat, macht diesen monatlichen Austausch mit der Verwaltung zu einer unterhaltsamen und erträglichen Arbeit.

Zuletzt möchten wir uns ganz herzlich bei unserer Stabsstelle "Gemeinderat", Frau Groh, für die unermüdliche Arbeit im Hintergrund dieser Runde bedanken.

Die Fraktion FDP wünscht Ihnen, meine Damen und Herren, ein gesundes und friedliches Jahr 2024 und bedankt sich recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

Maximilian Ritz